

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

28. August 1946

Blatt 1213

Zürich hilft Wien

=====

Unter diesem Motto hat die Stadt Zürich vor einigen Monaten eine großzügige Hilfsaktion für das notleidende Wien eingeleitet. Über das Wirken dieser Hilfsaktion konnte schon öfter der Wiener Öffentlichkeit berichtet werden. In ihrem Rahmen hat die Stadt Zürich der Stadt Wien auch 12 transportable Küchenbaracken, mit der gesamten Einrichtung, zur Verfügung gestellt. Diese 12 Baracken sind vor einigen Tagen in Wien eingetroffen. Über ihre Verwendung berichtete Stadtrat Afritsch am Dienstag in der Sitzung des Stadtsenates. 3 dieser Baracken werden dem österreichischen Gewerkschaftsbund zugewiesen und von diesem in Lehrlingsheimen verwendet werden. 3 Küchenbaracken wird die Gemeinde selbst in städtischen Kinderheimen verwenden, 2 werden den beiden Wiener Groß-Küchenbetrieben zur Verfügung gestellt. 3 weitere Küchenbaracken werden privaten Fürsorgeorganisationen überlassen und eine wird dem Verband der Kleingärtner und Siedler zugewiesen werden. Die erstmalige Aufstellung der Baracken erfolgt unter der Anleitung von Fachkräften, die zu diesem Zweck aus der Schweiz nach Wien kommen werden. Die Bauart dieser Küchenbaracken, durch die sie ohne große Schwierigkeiten aufgestellt, wieder abmontiert und an einen anderen Ort versetzt werden können, ermöglicht eine vielseitige Verwendung. Es ist daran ^{später} gedacht, diese Baracken bei etwaigen Katastropheneinsätzen oder für die Verpflegung größerer Arbeitertrupps bei Wiederaufbauarbeiten zu verwenden. Für die Stadt Wien stellen sie jedenfalls eine wertvolle Bereicherung des für Fürsorgezwecke dienenden Inventars dar.

Gemeindesteuern und Wirtschaftslage
=====

Vom 1. Jänner bis 31. Juli rund 72.4 Millionen an Gemeindeabgaben vereinnahmt. Rückgang der Gewerbesteuer um 11.2 Millionen, dafür um 5.2 Millionen Mehreinnahmen an Vergnügungssteuer. Mehr als 10 Millionen unvorhergesehener Ausgaben! Zahl der Beschäftigten in Wien um 100.175 gegenüber Juli 1945 zugenommen.

Am Dienstag erstattete der städtische Finanzreferent, Stadtrat Honay, im Finanzausschuß und im Stadtsenat einen eingehenden Bericht über die Abgabenerträge vom 1. Jänner bis 31. Juli 1946. Für diese Zeit waren 72,408.200.- S an städtischen Abgaben veranschlagt und tatsächlich wurden auch 72,471.190 S eingezahlt. Es haben sich jedoch starke volkswirtschaftlich äußerst ungünstige Veränderungen im Ertrag der einzelnen Abgaben vollzogen, die zeigen, daß das Wiener Wirtschaftsleben von einer gesunden Friedenswirtschaft noch weit entfernt ist. Dies kommt am deutlichsten in den Verschiebungen zum Ausdruck, die sich in den erwarteten Einnahmen aus der Gewerbe- und aus der Vergnügungssteuer ergeben. Im letzten vollen Kriegsjahr hat die Gewerbesteuer 122 Millionen eingebracht! Auf Grund von wohl fundierten Schätzungen wurde die Einnahme aus der Gewerbesteuer für die ersten drei Vierteljahre 1946 mit 27 Millionen veranschlagt. Eingeflossen sind jedoch nur 15,765.300 S, sodaß sich eine Mindereinnahme von mehr als 11.2 Millionen ergibt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die großen Industriebetriebe durch die Kriegsverluste bedeutende Abschreibungen vornehmen mußten und viele Betriebe stillgelegt wurden. Auch ist die Zahl der Beschäftigten in Wien gegenüber Ende Juli 1945 nicht in dem erwarteten Ausmaß gestiegen. Der Mitgliederstand der Wiener Krankenkassen betrug nämlich am 31. Juli 1945 in Wien 157.813 männliche und 157.040 weibliche Arbeiter und Angestellte, zusammen also 314.843, während Ende Juli 1946 insgesamt 415.028 Mitglieder gezählt wurden. Davon waren 269.334 männlich und 145.694 weiblich. Die Zunahme beträgt demnach 100.175 Personen.

Demgegenüber ist der Ertrag der Vergnügungssteuer, der für die ersten sieben Monate mit 7 Millionen veranschlagt war, auf 12.2 Millionen gestiegen! Den größten Teil leisteten die

Kinos mit rund 5 Millionen, am nächsten kommen die Kabarets, Tanzlokale und Bars mit 2.5 Millionen, dann die Einzelveranstaltungen mit rund 2 Millionen, wovon allein auf den Fasching S 978.992 entfallen und die Theater mit rund 1 Million. Die sportlichen Veranstaltungen brachten 677.474 S und die Konzertkaffees, Schaustellungen, Zirkusse, Varietés usw. 993.000 S.

Eine nicht unwesentliche Steigerung zeigte sich bei der Grundsteuer, die für die ersten 7 Monate mit 21 Millionen veranschlagt war, jedoch 24,885.900 S gebracht hat. Dies ist begründet in der fortschreitenden Instandsetzung der bombenbeschädigten Wohnungen und vielfach auch in der Weiterzahlung von Mietzinsen für beschädigte Geschäftslokale und Wohnungen.

Die erhöhte Zahl der Beschäftigten kommt in der Steigerung der Lohnsummensteuer von 4.2 Millionen auf 4,989.400 S zum Ausdruck.

Gestiegen ist auch die Einnahme an der Getränkesteuer von 1,750.000 S auf 2,667.900 S.

Die Hundesteuer war mit 750.000 S veranschlagt, sie hat 740.000 S eingetragen, was einer steuerpflichtigen Hundezahl von rund 24.500 entspricht.

Die Einnahmen an den Platzzinsen wurden mit 600.000 S geschätzt; sie erreichten 641.900 S. Die Kehrichtabfuhrgebühren, die mit 2.9 Millionen veranschlagt waren, überschritten mit 2,967.800 S unwesentlich das Präliminare. Dagegen haben sich die Einnahmen aus der Wassergebühr von 5,333.300 auf 4,899.800 verringert und ebenso ist die veranschlagte Kanalräumungsgebühr von 1,350.000 auf 764.300 gesunken, doch wird die bereits beschlossene Angleichung dieser Gebühren an die Selbstkosten bis zum Jahresachluß einen teilweisen Ausgleich herbeiführen.

Eine bedeutende Mehreinnahme ergab sich bei den Verwaltungsabgaben, deren Ertrag von 291.600 auf 1,513.200 S gestiegen ist. Dies ist insbesondere auf die große Zahl von gebührenpflichtigen Entscheidungen über die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft und auf die vom Wiener Landtag beschlossene Erhöhung dieser Gebühren zurückzuführen. Ebenso weisen die Gebühren im Zwangsverfahren und die Säumniszuschläge die beachtliche Steigerung von 233.300 S auf 438.800 S auf.

Amtsführender Stadtrat Honay betonte, daß dieser Bericht keineswegs zu besonderen Hoffnungen auf eine Besserung

der Wiener Gemeindefinanzen berechtigt. Wohl wurden in der Gesamtheit die präliminierten Steuer- und Gebührenerträge erzielt. Man habe jedoch bei der Beratung des Voranschlages bemängelt, daß die Ansätze zu niedrig gehalten seien; die Wirklichkeit hat jedoch erwiesen, daß mit äußerster Genauigkeit präliminiert wurde. Es ist keine Mehreinnahme eingetreten, dagegen sind sehr wesentliche unvorhergesehene unbedeckte Mehrausgaben entstanden. So erwächst der Gemeinde durch die Verzögerung der Heimkehr der Kriegsgefangenen eine Mehrausgabe von 3.5 Millionen für den Familienunterhalt. Die Verteuerung des Autobetriebsmaterials für den städtischen Fuhrwerksbetrieb wirkt sich in Mehrkosten von rund 1.2 Millionen aus. Der Einsturz der Wienflußmauer in Mariahilf verursacht eine unvorhergesehene Ausgabe von 2.8 Millionen und schließlich haben die seit der Budgetgenehmigung durch den Gemeinderat gewährten Vorschüsse auf eine zu erfolgende Lohn- und Gehaltsregulierung der Arbeiter und Beamten der Hoheitsverwaltung eine unbedeckte Mehrausgabe von rund 2.5 Millionen Schilling bewirkt. Rund 10 Millionen Schilling sind demnach als neue Ausgaben der Gemeinde Wien erwachsen. Schließlich muß noch berücksichtigt werden, daß die jetzt im Zuge befindlichen Verhandlungen über die Bezugsregulierungen der Gemeindeangestellten dem Stadthaushalt eine Belastung auferlegen werden, die noch gar nicht abgeschätzt werden kann. Wohl wurden durch bedauerliche Einschränkungen bei den Investitionen, durch den würgenden Materialmangel hervorgerufen, gewisse Einsparungen erzielt werden, doch benötigt die Stadt neue Einnahmen, über die in kurzer Zeit Vorschläge unterbreitet werden. Zu dem Bericht sprach Vizabürgermeister Weinberger, der die ungesunde Verschiebung der Erträge der städtischen Abgaben vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als außerordentlich bedauerlich bezeichnete. So sehr die große Steigerung der Einnahmen aus der Vergnügungsabgabe zu begrüßen sei, so muß doch der überaus starke Rückgang der Gewerbesteuer den Finanzreferenten veranlassen, einvernehmlich mit den Parteivertretern neue Wege zu beschreiten. Es sei auch sehr zu beklagen, daß nicht alle im Voranschlag vorgesehenen Investitionen durchgeführt werden können.

Amtsführender Stadtrat Novy erklärte, daß die Verzögerung der Wiederaufbauarbeiten, insbesondere an den Wohngebäuden, vor allem durch die ungerechte Zuteilung von Baustoffen an

die Gemeinde Wien verursacht werde. Der Aufteilungsschlüssel, den Regierungsstellen festgesetzt haben, trage in keiner Weise den Schäden, die Wien erlitten hat, Rechnung. Bis jetzt sind alle Vorstellungen wegen dieser offenkundigen Benachteiligung der Gemeinde erfolglos geblieben. Dazu kommt noch der große Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe. So ist die langsame Behebung der Dachschäden nicht allein auf die fehlenden Dachziegel - es werden rund 23 Millionen benötigt - zurückzuführen, sondern auch auf die geringe Zahl von Dachdeckern, von denen in Wien nur 70 vorhanden sind!

Auf Anregung des amtsführenden Stadtrates Rohrhofer wurde beschlossen bei Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Heinl vorzusprechen, um eine den berechtigten Ansprüchen Wiens entsprechende Zuteilung von Baumaterialien zu erwirken.

Das Material kriegsbeschädigter Gebäude ist sicherzustellen
=====

Der Bürgermeister der Stadt Wien richtet an die Eigentümer (Verfügungsberechtigten) von Gebäuden, die durch Kriegseinwirkung zerstört oder beschädigt sind, nachstehenden Aufruf:

"Die Sortierung des auf Privatgrundstücken liegenden Bauschuttes nach brauchbaren Baustoffen und deren geeignete Lagerung ist bisher vielfach wegen Mangel an Arbeitskräften, Transportschwierigkeiten und aus anderen Gründen unterblieben. Es besteht die Gefahr, daß die für den Wiederaufbau so wertvollen Baustoffe verderben oder durch unbefugten Zutritt Dritter verloren gehen.

Die Eigentümer der durch Kriegseinwirkung zerstörten oder beschädigten Gebäude haben die Baustoffe, soweit es sich um solche handelt, die gemäß dem Gesetze vom 3. Juli 1945, St.G.Bl. Nr. 46/45 bewirtschaftet sind und der Kundmachung des Bürgermeisters der Stadt Wien vom 11. Mai 1945, Zl.BD. - 616/45, unterliegen, zu sortieren und in ordnungsmäßiger Weise zu lagern.

Für die Arbeiten können gemäß Kundmachung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 23. April 1946, Zl. 57.009/III-11-46, beim zuständigen Arbeitsamt Arbeitskräfte angefordert werden.

Eine ~~Inanspruchnahme~~ Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsflächen für Lagerungszwecke ist nur ausnahmsweise mit besonderer behördlicher Bewilligung möglich.

Grundeigentümer, die derartig sortierte und gelagerte Baustoffe dem Stadtbauamt - M.Abt. 25 (I., Rathausstraße 14-16, Amtshaus, 4. Stock) schriftlich oder mündlich bis zum 30. Oktober 1946 zur Verfügung stellen, erhalten außer der gesetzlichen Vergütung einen Gutschein für bevorzugte Berücksichtigung bei der Baustoffzuweisung für den Wiederaufbau des Gebäudes.

Der Magistrat erwartet, daß von dieser Gelegenheit möglichst viele Hauseigentümer im eigenen Interesse Gebrauch machen werden, so daß die Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßnahmen nicht notwendig sein wird."